

Engagement in der zweiten Lebenshälfte

Anders alt werden ist das Thema der Initiative ID55. Ende Mai lud sie zu einer Kongress- und Veranstaltungswoche nach Herne ein. Unter dem Motto „Wenn nicht wir, wer sonst?!" wurde über neue Chancen für die Generation 50plus diskutiert. Vorgestellt wurde dabei unter anderem das Netzwerk der IHK-Senior-Experten. In diesem engagieren sich ehemalige Unternehmer und Manager ehrenamtlich für Unternehmen aus der Region. Die Unterstützung von Hochschulgründern steht dabei genauso auf dem Programm wie Geschäftsideen-Checks und Hilfe in Krisenfällen. In Herne nutzten Wilfried Niggemann und Bernd Wöhrenkämper die Gelegenheit, die Initiative vorzustellen.

Hintergrund der ID55-Veranstaltung ist der demografische Wandel im Ruhrgebiet. Der ist nicht nur mit neuen Herausforderungen verbunden, sondern bietet auch neue Aussichten und Chancen. Der demografische Wandel soll mit seinen Herausforderungen, aber auch mit seinen vielfältigen Chancen beleuchtet werden. Der „Abschied vom Abschied" war Thema für die IHK-Senior-Experten. Anhand ihrer Erfahrungen berichteten Niggemann und Wöhrenkämper darüber, was in der spät- und nachberuflichen Lebensphase alles möglich ist und weckten so das Interesse anderer aktiver Senioren an einem Engagement im Rahmen des Senior-Experten-Netzwerks der IHK. Informationen zum Kongress unter www.id55.de.



Senior-Experte Wilfried Niggemann (v.l.), ID55-Mitbegründerin Susanne Schübel, Senior-Experte Bernd Wöhrenkämper sowie Heike Bandholz, Direktorin der VHS Herne, informierten über interessante Perspektiven für die zweite Lebenshälfte.

www.b-up.de
busch@b-up.de
 0234-94693-0



Unternehmensberatung
 Versicherungsmakler
 ManagerFitness

**► Versicherungsvergleiche
 in Preis und QUALITÄT:
b-up.de**

Mentorinnen gesucht

Gut qualifizierte junge Frauen mit Zuwanderungsgeschichte finden immer noch zu oft keinen ihren Leistungen entsprechenden Einstieg in das Berufsleben. Hier setzt das Projekt „Neue Wege in den Beruf" an – mit Mentoring.

Schon zwei Jahrgänge mit über 150 Schülerinnen und nahezu genauso vielen Mentorinnen haben bis Ende letzten Jahres ihre Mentoringbeziehung erfolgreich abgeschlossen. Die Mentoring-Partnerinnen haben Berufswünsche besprochen, Stärken und Qualifikationen der jungen Frauen herausgearbeitet, Bewerbungsgespräche geübt oder mithilfe des Berufsnetzwerks der Mentorin praktische Erfahrungen zusammengetragen.

Derzeit läuft ein Mentoring mit rund 100 Mentees unter anderem in den Städten Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Hagen, Herne, Recklinghausen, Witten und Wuppertal. In einem weiteren Schritt wird das Programm für ganz NRW erweitert.

In diesem Sommer werden weit mehr als 150 Schülerinnen ihre Beratungsbeziehung starten. Sie kommen aus den oben genannten Städten sowie aus Aachen, Bielefeld, Hamm, Leverkusen und Velbert.

Mittlerweile liegen zwar schon zahlreiche Zusagen von Mentorinnen vor, weitere Mentorinnen sind jedoch herzlich willkommen, um die Mentees – besonders im Raum zwischen Duisburg und Dortmund – wirkungsvoll unterstützen zu können.

Ansprechpartner: Zentrum für Frau in Beruf und Technik (ZFBT), Petra Kersting, Tel. (023 05) 9 21 50 – 18.

Zwölf Vorschläge zum Bürokratieabbau

Zwölf konkrete Vorschläge zum Bürokratieabbau haben die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft im Juni der Bundesregierung überreicht.

Nach Einschätzung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH) und des Zentralen Kreditausschusses (ZKA) kann die Wirtschaft allein damit um mehrere Milliarden Euro pro Jahr entlastet werden.

Die Vorschläge umfassen unter anderem Verbesserungen beim elektronischen Entgeltnachweis „Elena", Erleichterungen für Existenzgründer bei der Umsatzsteuervoran-

meldung, Vereinfachungen bei der Steuersteuer sowie die Gleichbehandlung von Rechnungen und Belegen in elektronischer und Papierform. Allein das Ausstellen und Aufbewahren von Rechnungen schlägt jährlich mit rund neun Milliarden Euro pro Jahr zu Buche.

Rund 9.200 Dokumentations- und Nachweispflichten belasten die Wirtschaft jährlich für 48 Milliarden Euro und schränken den Handlungsspielraum der Unternehmen erheblich ein. 2006 hatte sich die Bundesregierung das Ziel gesetzt, die Wirtschaft bis 2010 um 25 Prozent von den Belastungen durch Informationspflichten zu befreien. Die Bürokratieabbau ist aber erst zur Hälfte umgesetzt. Der Handlungsbedarf ist also weiterhin groß. Bislang umgesetzte Vereinfachungsmaßnahmen kommen bei den Betrieben nicht in dem reichendem Maße an.

Mit dem Abbau bestehender Bürokratie sind jedoch nicht getan. Auch unnötige Bürokratielasten müssen wirksam vermindert werden. Der Nationale Normenkontrollrat, die Bundesregierung als neutrale Instanz für die Messung alter und neuer Bürokratielasten unterstützt, muss daher in Zukunft um die Abschaffung und frühzeitiger in die politischen Entscheidungen einbezogen werden. Im Verzicht auf überflüssige Bürokratie liegt eine große Chance für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Die Maßnahmen sollten nachhaltig zu stärken.

Rundfunkgebühren: Belastungen für Betriebe vermeiden

Die Umstellung auf einen geräteunabhängigen Rundfunkbeitrag ist aus Sicht der deutschen Wirtschaft grundsätzlich richtig. Allerdings ist dies falsch, neben den Nutzern auch Betriebe die Beitragspflicht einzubeziehen. Kein Unternehmen darf es durch das neue Modell zu zusätzlichen Belastungen für die Unternehmen kommen. Nimmt der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) gemeinsam mit anderen Wirtschaftsorganisationen Stellung, wird die geplante Reform der Rundfunkgebühren

Die Wirtschaft hat sich in der Vergangenheit für die Umstellung auf einen geräteunabhängigen Rundfunkbeitrag eingesetzt. Allerdings sollte der Beitrag nur an den Betrieben anknüpfen. Denn Rundfunkgebühren können letztlich nur die einzelnen Betriebe sein. Daher wäre es konsequent gewesen, wenn die Unternehmen beziehungsweise Betriebe von der Zahlungspflicht ausgenommen wären. Denn die Mitarbeiter in den Betrieben sind bereits als Bürger einen Rundfunkbeitrag.